

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.35
monatl. 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr wirtell. M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hinezu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Sammelzelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Peitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Korbmarken.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 215.

Dienstag, den 20. Oktober

1908.

Um was es sich im heftigen Wahlkampf handelt.

Rein äußerlich handelt es sich in Hessen um die Neuwahl der einen Hälfte der Abgeordneten-Kammer mit 25 Sitzen. Hierbei haben die Linksliberalen ihre drei Sitze, die sie seither nur inne hatten, zu verteidigen; die Sozialdemokraten kämpfen um vier Sitze von ihren seitherigen sieben Bezirken. Die übrigen Mandate sind in den Händen der „Nationalliberalen“ mit Gänzfischen, des heftigen Bauernbundes und des Zentrums. Es ist also an sich keine große Sache, um die es sich handelt; und durch die Verschickungen, die eintreten können, würde das Machtverhältnis der einzelnen Parteien nicht grundlegend verändert.

Aber der Wahlkampf hat eine prinzipielle Vertiefung erfahren. Er dreht sich im Wesentlichen um Verfassungsfragen. Nachdem in ganz Süddeutschland Reformen der Verfassung und des Wahlrechts durchgeführt wurden, will Hessen nicht zurückbleiben. Das heftige Volk verlangt, wie die Nachbarn, das direkte Wahlrecht. Der einflussreiche Führer der Nationalliberalen und Herr der Ersten Kammer, der industrielle Feudalherr von Hehl-Worms, hat es in langen, jähen Kämpfen fertig gebracht, dieses geforderte Wahlrecht mit einer „Kompensation“ zusammenzuschweißen. Und diese besteht in nichts anderem als in einer Vermehrung und Verstärkung der Rechte der Ersten Kammer. Wie fast allerorten, hat auch Hessen bei Reimungsverschiedenheiten zwischen beiden Kammern beim Budget, aber auch bei Gesetzen, die Durchführung, wobei seither die einfache Mehrheit maßgebend war. Das verließ natürlich der Abgeordneten-Kammer das Ubergewicht. Die heftigen Nationalliberalen nun sind, von Hehl „angeführt“, abgefallen. Die einfache Mehrheit wird fallen gelassen; an ihre Stelle soll eine Zweidrittel- oder Dreifünftel-Mehrheit kommen. Damit wäre, wie die Verhältnisse liegen, die Macht der Ersten Kammer gestärkt und die Abgeordneten-Kammer oft widerstandslos in deren Schlepptau genommen. Das gilt nicht bloß für die Steuerfragen, sondern vielfach auch auf gesetzgeberischem Gebiete, wo zwischen Zentrum und Bauernbund in der Zweiten Kammer einerseits und den reaktionären Herren der Ersten Kammer andererseits starke Verbindungsdrähte bestehen. Die „Nationallibe-

ralen“, um ihren Einfluß beim Volk beforgt, machen nun im Wahlkampf viel Rauch. Sie haben auf ihre Kohlen die wohltuenden Esenzen des „direkten Wahlrechts“ geschüttet, das sie dem Hessenvolk bringen wollen, verschweigen aber wohlweislich den Preis, den hierfür das Volk zu erlegen hätte.

Um nun doch zu ihrem Ziele zu kommen, haben es die Nationalliberalen Heffens nicht verschmäht, mit dem Zentrum Wahlgeschäfte zu machen. Das ist die zweite prinzipielle Bedeutung dieses heftigen Wahlkampfes: Zentrum und Nationalliberalen unterliegen sich gegenseitig gegen Linksliberalen und Sozialdemokraten. Im benachbarten Baden gehen Nationalliberalen, Freisinnige und Sozialdemokraten im „Großblock“ gegen den „Schwarzen Block“ des Zentrums und der Konservativen vor. Im Reiche ist der Block ebenfalls gegen das Zentrum gerichtet, und die Nationalliberalen tun sich besonders viel darauf zu gut, in diesem Reichsblock die Centri-Beidkraft zu sein. In Hessen aber machen dieselben Nationalliberalen ein Bündnis — wenn auch nicht mit geschriebenen Paragraphen — mit dem Zentrum, um die Verfassung zu verschlechtern, die Macht der Volks-Kammer zu brechen und den Einfluß der Herren-Kammer zu härten. Die heftigen Nationalliberalen haben sich als konservative entpuppt, die überall bestrebt sind, mit dem Zentrum zusammen reaktionäre Politik zu machen. Das ist die tiefere politische Bedeutung des heftigen Wahlkampfes.

Rundschau.

Und noch ein Jahr.

Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, die preussische Regierung mache Vorstudien zu einer Wahlreform und gedente im Jahr 1909 damit fertig zu sein. Wer die Schnelligkeit kennt, welche bisher die preussische Regierung auf diesem Gebiet entfaltet hat, der mußte allerdings Zweifel hegen, daß solch gewaltiges Material sollte in einem Jahr bearbeitet werden können. Andere freilich meinten, die ganze Statistik sei unnötig; denn was auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts berechnet werde, sei so wenig nahe als das Dreiklassenwahlrecht selbst. Nun wird man aber inne, daß das zu bearbeitende Ziffermaterial „außerordentlich groß“ sei und nach „ganz

neuen Gesichtspunkten“ bearbeitet werden müsse. Die Fertigstellung könne also kaum vor Sommer 1910 erfolgen — noch ein Jahr! — und der Landtag werde schwerlich vor 1911 — und noch eins! — Gelegenheit haben, sich mit der Wahlreform zu beschäftigen. So geht ein Jahr ums andere dahin und Preußen behält das „elendeste aller Wahlsysteme“. Und dann wird der jetzige oder ein neuer agrarischer Reichskanzler auftreten und wird sagen, das Reichstagswahlrecht eigne sich nicht für Preußen. Man hätte erst wieder mehrere Jahre Statistik gemacht und gefunden, daß Preußen ein abgestuftes Wahlrecht brauche.

Ein Fehler, der bei Gründung des Reiches gemacht wurde, rächt sich. Damals forderte die Volkspartei, daß in die Verfassung des neuen Reiches die „Grundrechte des deutschen Volkes“ aufgenommen werden sollten. Nun enthalten freilich diese Grundrechte keine Bestimmungen über das Wahlrecht. Aber der ganze Geist derselben ist der: Vor dem Gesetze, und also auch bei Wahlen, hat jeder gleiche Rechte. Die Grundrechte von 1848 wurden aber nicht Reichsrecht. Und so entbehren viele deutsche Bürger noch des Schutzes und der Rechte, den die Grundrechte geben. Und Preußen entbehrt noch eines zeitgemäßen Wahlrechts und wird sicher in absehbarer Zeit auch zu keinem solchen kommen. Daran sind allerdings die Preußen und die Parteien dort auch Schuld. Und auch diesmal wieder, als eine Bewegung anheben wollte für ein besseres Wahlrecht, wurde durch kleinliche Streitereien innerhalb der Wahlrechtsfreunde der Augenblick zum Handeln veräußert und die offenen und verhecten Gegner des Reichstagswahlrechts behaupten das Feld. Uns erscheint es sicher, daß Preußen kein besseres Wahlrecht bekommt, wenn nicht der Reichstag eingreift. Denn die preussische Regierung wird bei jedem Anknöpfen trösten: noch ein Jahr! Die Volkspartei hat es auch bei der letzten Reichstagswahl ausgesprochen, daß der Reichstag eingreifen müsse, wenn der deutsche Vorstaat Preußen ein modernes Parlament bekommen solle. Es wird nicht anders gehen.

Zu den Schiffsabgaben.

In einer Zuschrift des Dr. Mathieu Schwan an die költnische Zeitung wird der Vortrag gemacht, daß die Schiffsabgaben nur von großen Schiffen erhoben werden sollten, die von der künstlichen Vertiefung

gänger aus, der wie der Gaul eines Karussells in Pausen an uns vorbeigaloppiert.

Um 11 Uhr hat mich der Kapitän bestellt zum Rundgang durchs Schiff und ins Zwischendeck.

Wir stiegen tief in den Bauch des Schiffes und sind doch noch nicht unter der Wasserlinie. Schmale, treppchenbelegte Gänge führen nach vorne. Röhren und Leitungsdrahte liegen in dicken Bündeln über unseren Köpfen. Küchengehilfen, Heizer, veräufene Passagiere der zweiten Kajüte drängen sich grüßend an uns vorbei. Klänge, Maschinen und Menschen geben eine seltsame Stille und eine Menge von Geräuschen, die in der dicken Luft verloren gehen zu einer besonders aufgeregten Ruhe.

In eisernen Bettstellen, je zwei aufeinander, wie ich sie schon in der Bremer Auswanderungshalle gesehen habe, liegen die Leute, wofern sie nicht auf Deck sind, gestieft und gepornt auf den Matten, die nach jeder Reise über Bord geworfen werden. Es ist wie ein riesiger Stall, in dem die Tiere mit stummer Neugierde die Köpfe heben, wo wir vorbeigehen. Manchmal streckt sich plötzlich ein Arm aus, und in einer fremden Sprache, untermischt mit deutschen Brocken, redet jemand auf den Kapitän ein: „Ich sein so krank, Doktor!“ — „Gehen sie an die frische Luft, wo seht's denn?“ — „A bisschen seckrant,“ murmelt der Arzt! — Eine Frau will ihr Geld für eine getrunkene Flasche Wein wieder haben, er habe ihr nicht geschmeckt. An der Wand, an den Tischen zum Essen hat ein Bauer mit schwieligen Fäusten auf die Bretter. Und Trumps, Trumps, Trumps! — „Gud, wie se harfabieren!“ sagt der Kapitän und hebt ein paar Kupfermünzen auf, die auf dem andern Tisch liegen. „Obee,“ freischt ein Spieler ängstlich auf, daß wir lachend weitergehen. Unter der Luke empfängt unseren Trupp, bestehend aus Kapitän, erstem Offizier, Arzt, Oberwärter und uns Paar Passagieren, eine Deputation von Juden, die alle durcheinander in diesem erschrecklichen Kaufscheln auf uns loobeden!

(Fortsetzung im Zweiten Blatt.)

Des Glücks Erinnerung ist nicht Freude mehr,
Doch die des Leidens ist noch selbst ein Leid.

Lord Byron.

Eine „empfindsame“ Reise nach New-York.

Von Hermann Dorn (Stuttgart-New-York).

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Wir sitzen lange beisammen, morgen dürfen wir dann das Zwischendeck besichtigen und auch den Maschinenraum.

Unser Kreis beim Kaffee ist heute um den Assessor und einen Wiener Privatdozenten erweitert, nicht zu vergessen eine Dame. Vor Jahren hatten sie und unser Industrieller sich sehr gut getannt, nun treffen sie sich zufällig wieder. Sie war viele Jahre in Italien und Paris gewesen, nun geht sie als Lehrerin an eine amerikanische Schule. Ein Mädchen, wie wir sie nur in Deutschland haben. Ein famoser Kamerad mit einem kräftigen, gediegenen Interesse für Kunst, Literatur und Wissenschaft, mit dem ehelichen Wunsch, sich in den vornehmsten Gebieten der Kultur ergehen zu können und doch fest wurzelnd in pedegogenen Gewohnheiten. Wir sprachen wieder die kleine Stadt durch. Man erzählt von einem Schneider, der vierzig Arawatten durch seine Bullaugenfenster zur See geschickt, und behauptet, die Dame in dem weißen Jacket, die hübscheste von allen, läge bereits bewundernd zu seinen Füßen. Dann gab es noch eine Möglichkeit zum Hirt, behauptet der Assessor, rückt aber nicht recht mit der Farbe heraus. Tief in der Nacht erhebt man sich aus den Ledersesseln des Rauchsalons, macht geschwind noch einen Rundgang um Deck, wo aus dem Dunkel die weiße Leuchte der Schiffsleuchte leuchtet und das dunkle Meer schäumt. Dann kriecht man in seine Kabine.

Am anderen Morgen strahlt der Himmel und das Meer glänzt tiefblau, wie es uns Bodlin gemalt hat. Milchweiß leuchten überall die Wellenköpfe auf. Wie ich allein aufs oberste Deck kletterte und den Horizont absuche, den feinen Dunst, wo Himmel und Wasser sich berühren, ist mir's plöglich, als lege sich sicher und ruhig begrenzend dieser gerundete Horizont in mir fest. Ich fühle, so wird der Charakter des Seemanns und Fischers gebildet. Aus solcher stillen Begrenzung bildet sich sein Handeln, seine besonnene Ruhe, die Verachtung des Unstetens.

Wie ich herunterklettere, ist das Promenadendeck schon belebt. Eine Dollarprinzessin, die eben einen italienischen Grafen geheiratet hat, steht à la Gainsborough am Eingang zum Speisesaal, ein hübscher amerikanischer Anwalt kommt gerade mit seiner rothaarigen, in ein gewaltiges Korsett gezwängten Gattin zu seinem dreijährigen Jungen. Der hat ein Milchsuppengesicht und ist greulich anzusehen mit seinen hellen Fingerringen des Lymphatischen. Hallo, Papa — begrüßt er den Alten — hallo Charlie schallts zurück, und dann spielt der kleine Bengel wieder geschäftsmäßig mit der kleinen Eisenbahn, die ein Kammerlädchen von einer Bonne mit ihm fahren läßt.

Überall Gruppen, die wie Bilder wirken, und überall die Behaglichkeit, sich für eine Woche in nunmehr bekanntem Gebiet ausruhen zu können.

Unser Assessor hat ein shovet-board zusammengebracht. Eine schlanke, amerikanische Lehrerin mit schon ergrautem Strichhaar und einer stillen, sicheren Resignation, hat sich eingefunden. Dazu noch eine schlanke Hannoveranerin, die zum zweitenmal Amerika besucht und ihr alzentwertes Hannoverisch mit der schweren Zunge der deutschsprechenden Engländerin spricht. Sie scheint zu wissen, daß das ihrem Wesen besondere Pikanterie verleiht, wenn sie so sprechend den großen Mund, das Koff der Zunge zeigend, öffnet und dabei die ausdrucksvollen Augen und die wohl gemischte Stirne mit dem abschließenden Haar doch des Blicks beherrschen.

Man lacht und erheitert sich im Spiel, rückt und guckt über Bord und weicht einem eifrigen Verdauungs-



Der Ströme die eigentlichen Vorteile haben. Dieser Vorschlag deckt sich nach Mitteilung desselben Blattes, mit der an zuständiger Stelle der preussischen Regierung herrschenden und vertretenen Anschauung. Zurzeit werden auf der Außen- und Unterweser die Schiffe bis zu 300 Kubikmeter von Abgaben freigelassen. Bei der Unterweser-Korrektionsabgabe erstreckt sich die Abgabefreiheit auf Schiffe von 300 und bei der hamburgischen Elbfischfahrtsabgabe auf Schiffe von 382 Kubikmetern. Auf dem Main werden die Abgaben nicht erhoben von Schiffen mit einem Inhalt von weniger als 200 Tonnen. Bei den zurzeit schwebenden Verhandlungen wurde von den beteiligten Regierungen von vornherein ins Auge gefaßt, die kleinen Schiffe, für deren Fahrt Flugregulierungsarbeiten nicht erforderlich sein würden, von Abgaben frei zu lassen, weil nicht behauptet werden kann, daß sie aus den Arbeiten, die mit den einkommenden Abgaben bestritten werden sollen, unmittelbaren Nutzen ziehen. Es wird übrigens in sachmännischen Kreisen nicht angenommen, daß Stromregulierungen mit Abgaben nur für die größeren Schiffe zum vermehrten Bau kleinerer Schiffe führen können, weil größere Frachtschiffe wirtschaftlich den kleineren gegenüber im Frachtverkehr so außerordentlich überlegen sind, daß die Einführung der Schiffsabgaben in dieser Richtung gar keine Wirkung auszuüben vermag.

Staatssekretär Bassermann?

Wie in nationalliberalen Kreisen als gut verbürgt erzählt wird, soll dem Abg. Bassermann für den Fall einer befriedigenden Lösung der Reichsfinanzreform ein Staatssekretariat im Reichsamt werden solle. Es ist schon früher wiederholt von einer Berufung Bassermanns die Rede gewesen, das wurde stets widerrufen. Diesmal lautet die der Fr. Ztg. nach den vorher erwähnten Verlautbarungen übermittelte Meldung sehr bestimmt, und man darf gespannt sein, ob wirklich schon eine Vereinbarung erfolgt ist. Eine bindende Bestimmung über das Ressort ist natürlich jedenfalls nicht getroffen. Früher war vom Reichsjustizamt die Rede. Diesmal wird behauptet, es würde daran gedacht, Bassermann bei der beabsichtigten Teilung des Reichsamts des Innern in zwei selbständige Staatsämter zu berücksichtigen.

Die Reichsfinanzreform.

Der Bundesratsausschuß für die Beratung der Reichsfinanzreformvorlage hat die erste Lesung erledigt. Ueber alle Neuordnungen wurde eine Einigung erzielt, nur über die Elektrizitätssteuer noch nicht. Die Entscheidung über diese Steuer wird möglicherweise erst durch Abstimmung im Plenum des Bundesrats selbst herbeigeführt. Voraussichtlich am nächsten Freitag oder Samstag wird der Bundesrat über die gesamte Reichsfinanzvorlage beschluß fassen. Wie verlautet, sollen die Zeitungsverleger bezw. Druckereibesitzer für die Kosten ihrer Mitwirkung bei der Erhebung der Inziner-, Melk- und Plakatsteuer vom Reiche entschädigt werden. Es bestätigt sich, daß nur große Inzinate besteuert werden sollen.

Zur Krisis im Orient.

Kaiser Wilhelm und die Türkei.

Der neue türkische Botschafter Osman Nizau Pascha, der vom Kaiser empfangen wurde, erwähnte in seiner Ansprache die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei, die er auf das sorgsamste weiter zu pflegen habe. Der Kaiser erwiderte dem türkischen Botschafter in deutscher Sprache etwa Folgendes: Er freue sich, in ihm einen Bekannten wieder zu sehen, begrüßte in ihm aber vor allem den Vertreter einer altbefreundeten Großmacht. Er wäre zu seinem Bestreben in letzter Zeit wiederholt der Ansicht begegnet, als ob seine Gesinnungen der Türkei gegenüber sich neuerdings geändert hätten. Gegen derartige Unterstellungen lege er nachdrücklich Verwahrung ein. Der Botschafter könne sich für vergewissert halten, daß die aufrichtig freundschaftlichen Gesinnungen für die Türkei, die er hege und denen er bereits in Damaskus Ausdruck gegeben habe, auch jetzt unverändert fest beständen. Als treuer Freund des Osmanischen Volks und seines erhabenen Herrschers erneuere er heute gleichzeitig den Wunsch, daß der konstitutionellen Türkei Glück und Segen beschieden sein möge.

Deutschland tritt für die Türkei ein.

Nach einer Meldung aus Berlin sind dort nunmehr die englisch-russischen Vorschläge zum Konferenzprogramm dort eingetroffen. Die Berliner amtlichen Kreise sehen in diesen englisch-russischen Vorschlägen keine Möglichkeit, eine Einigung in der Balkanfrage zu erzielen. Deutschland wird vielmehr den Vorschlag machen, daß, um der Türkei eine genügende Kompensation zu bieten, ihr europäischer Besitz durch ein internationales Abkommen garantiert werde. Im Kreise der fremden Diplomatie verlautet, daß die kommende Balkankonferenz in Befolgung der diplomatischen Gepflogenheiten, Abänderungsvorschläge am Ort der Konferenz zu beschließen, in Berlin stattfinden wird.

Die Türkei

lehnt die Vorschläge ab. Sie will, nach Äußerungen ihres Ministers Tewfik Pascha, folgende vier Punkte behandelt wissen: 1) Proklamierung Bulgariens zum Königreich. 2) Annexion Bosniens und der Herzegowina. 3) Die Verbindlichkeit der Anteilnahme an der türkischen Staatsschuld und andere finanzielle und politische Verbindlichkeiten. 4) Festsetzung der Integrität der Türkei.

Tages-Chronik.

Regensburg, 19. Okt. In Anwesenheit des Reichsfinanzlers Fürst Bülow hat gestern die Enthüllungsfest der Bäfte des Fürsten Bismarck in der Wallhalla stattgefunden. Der Festakt wurde eingeleitet durch vortragene Lieder. Hierauf hielt Herr v. Podewils

eine Ansprache. Während dieser Ansprache ereignete sich ein Aufsehen erregender Zwischenfall. Der Enkel der Fürsten Bismarck stürzte plötzlich bewußtlos vor der Bäfte seines Großvaters zu Boden. Reichsfinanzler Fürst Bülow, der unmittelbar hinter ihm stand, und eine Reihe anderer Herrscher eilten sofort herbei und trugen ihn aus der Wallhalla. Ministerpräsident v. Podewils mußte seine Rede einige Minuten unterbrechen. Nach dieser Rede ergriff Reichsfinanzler Fürst Bülow das Wort. — Der Ohnmachtsanfall des jungen Fürsten Bismarck scheint ernsterer Natur zu sein. Der Fürst hat sich mehrermale erhoben; er wurde in das Palais des Regierungspräsidenten verbracht.

Berlin, 16. Okt. Der König von Griechenland traf heute Abend zu einem privaten Besuche des Kaisers hier ein. Er wurde am Bahnhof vom Kaiser empfangen.

Aus Baden, 17. Okt. Ueber die Tätigkeit der Feuerwehren bei dem Brand in Donaueschingen, über die zur Stelle gebrachten Gerätschaften usw. sind von verschiedenen Seiten die verschiedenartigsten Dinge in die Welt hinausposaunt worden, die zum großen Teil nicht den Tatsachen entsprechen haben. Nach dem amtlichen Organ der Badischen Feuerwehren waren insgesamt bei dem großen Brande anwesend: 1224 Feuerwehrlente, die mit zusammen 27 Spritzen ausgerüstet waren. An Schlauchmaterial waren 3600 Meter zur Stelle. Außer den oben angegebenen Freiwilligen, befanden sich auch noch 281 Mann Löschmännschaften an der Brandstelle und 31 Wasserfuhrwerke sorgten für die Beibringung von Wasser.

Aus Anhalt, 15. Okt. Jetzt, nachdem nunmehr sämtliche Wahlergebnisse eingegangen sind, läßt sich ein genauer Ueberblick über die Ergebnisse der Landtagswahl gewinnen. Eine charakteristische Eigentümlichkeit für den anhaltischen Landtag ist es, daß es auch nach den diesmaligen Wahlen nicht möglich ist, die gewählten Vertreter sämtlich nach ihrer Parteizugehörigkeit zu gruppieren. So steht bei sechs Abgeordneten nicht fest, welcher Parteigruppe sie zugehören. Im übrigen dürften die Nationalliberalen mit 41 Abgeordneten ihren Bestand behaupten, die Konservativen zogen mit dem Verlust eines Mandats aus dem Wahlkampf, ebenso die Sozialdemokraten. Der Abg. Peus, der im Vorjahre sein Reichstagsmandat verlor, zieht nun auch aus dem anhaltischen Landtag aus. Ein Plus allein verzeichnen die Freisinnigen, deren Abgeordnetenzahl sich von zwei auf fünf erhöhte. Es ist indessen nicht sicher, daß in den neuen Landtag eine einer Wahlrechtsrevision gewiegte Majorität einzieht, da sich nicht absehen läßt, wie die oben erwähnten sechs Abgeordneten sich Wahlrechtsanträgen gegenüber verhalten werden.

Das Gordon-Bennett-Rennen der Luft.

Aufsendung des Ballons „Hergesell“

Yarmouth, 17. Okt. Der norwegische Dampfer „Maddod“ brachte hier den von ihm 100 Seemeilen nordwestlich von Helgoland halb entleert von Gas aufgepumpten noch schlendenden Ballon „Hergesell“ ein. Von dem Luftschiffer selbst fand der Dampfer keine Spur.

Yarmouth, 17. Okt. Der Kapitän des Dampfers „Maddod“, der den Ballon „Hergesell“ hier einbrachte, berichtete, er fürchte, daß die Luftschiffer, die den Ballon führten, umgekommen seien, da die Galtetaue der Gondel durchgeschnitten waren. Der Ballon befand sich, als er aufgefunden wurde, zum Teil unter Wasser. Die Hülle ist sozusagen unversehrt.

Die Rettung des Ballons „Blauen“

Die Geretteten vom Ballon „Blauen“, Baumeister Dachstätter und Fabrikant Scheiterer, erzählten ihre Erlebnisse bis zu ihrer Rettung. Die „Blauen“ sei am Dienstag früh sechs Uhr von südwestlichen Winden auf die See hinausgetragen worden; sie glaubten sich in der Richtung nach Grönland zu befinden und hielten sich in der Höhe von etwa 400 Metern. Später waren sie wegen des Nebels in der Atmosphäre gezwungen, höher zu gehen und erreichten 2000 Meter, indem sie alle Gegenstände, die irgendwie Gewicht hatten, selbst Kleidungsstücke, über Bord warfen. Sie kletterten in den Ring und beabsichtigten, die Gondel abzuschneiden, um dem Ballon die Flugkraft zu erhalten. Unglücklicherweise hatten sie jedoch das einzige Messer, das sie besaßen, verloren und konnten deshalb ihr Vorhaben nicht ausführen. So verging langsam die Dienstag-Nacht. Am Mittwoch machte sich zum ersten Male Mangel an Nahrungsmitteln bemerkbar. Sie begannen, das Schlammwasser zu beschütten. Im Laufe des Mittwoch blühte der Ballon wiederum etwas von seiner Flugkraft ein; er stürzte plötzlich um mehr als 300 Meter; wieder wurden Kleidungsstücke, sogar Schuhe, über Bord geworfen, in der Hoffnung, noch in den Lüften bleiben zu können. Der Ballon stürzte jedoch in die See hinab. Die Gondel wurde zwei Stunden lang durch das Wasser geschleift. Dann erschien der „Rubys“ und vollbrachte das Rettungswerk des Luftschiffes. Sie drückten nach der Landung der Mannschaft ihre tiefste Dankbarkeit aus.

Paris, 19. Okt. Bezüglich des Zwischenfalls in Casablanca will der „Temps“ wissen, daß die französische Regierung das Verlangen der deutschen Regierung betr. die Freilassung der festgenommenen deutschen Deserteure der Fremdenlegation abgelehnt habe. Die deutsche Regierung habe deshalb die Absicht, die Angelegenheit vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen.

Paris, 17. Okt. Eine neue Straße in der Nähe des Bois de Boulogne erhält den Namen Denti Seine-Straße.

Paris, 17. Okt. Malecot unternahm mit seiner Flugmaschine einen Aufstieg; er umflog einen Teil von Paris, indem er seinen Weg beständig an den Festungswerken entlang nahm. Nachdem er in den Artilleriegeschützen von Vincennes neues Benzin eingenommen hatte, mußte er bei St. Ouen plötzlich niedergehen. Das Fahrzeug und die Insassen landeten glücklich.

Petersburg, 17. Okt. In den letzten 24 Stunden wurden 52 neue Erkrankungen und 21 Todesfälle an Cholera gemeldet. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt 852. Seit Beginn der Seuche erkrankten in St. Petersburg 7426 und starben 3009 Personen, während 3565 gesund wurden. Infolge des eingetretenen Frostes und Schneefalles hat die Krankheit ihren epidemischen Charakter verloren.

Ngram, 18. Okt. Während der italienische Honorarkonsul Bauunternehmer Carnelutti den Paß eines fremden Arbeiters visitierte, drang ein Arbeiter wegen Lohn-differenzen in das Bureau ein. In dem entstandenen Streit gab der Arbeiter Revolvergeschosse ab, durch die der Konsul und dessen herbeieilende Mutter lebensgefährlich, der fremde Arbeiter tödlich verletzt wurden. Der Attentäter stellte sich der Polizei.

Mejerik, 18. Okt. Gestern Abend starb der Reichstagsabg. Hans Otto v. Gersdorff auf Schloß Baudunig, Vertreter des 8. Posen Wahlkreises, infolge von Herz-lähmung.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten.

U. betrogen: In der Württembergischen Zeitung dem Reichsschulden-Direktor v. Kautzinger, des Württemberg, und dem Schulrat Paul v. Schumann an der Reichsschule in Stuttgart.

Aus der Volksschulkommission.

Der Kampf um das 8. Schuljahr.

Die Volksschulkommission der 2. Kammer erledigte in ihrer Freitagssitzung zunächst die zahlreichen zu Art. II der Volksschulnovelle eingebrachten Abänderungsanträge. Dieser Artikel, dessen erste Lesung in der Samstag-Sitzung beendet worden war, lautet nach dem Regierungsentwurf wie folgt: „Artikel II. Die Nummer 1 des Art. 1 des Gesetzes vom 6. November 1858 erhält folgende Fassung: Die Schulpflicht beginnt bei jedem Kinde in dem siebenten und endigt für die Regel in dem vierzehnten Lebensjahr. Die örtliche Ausdehnung der Schulpflicht auf acht Jahre ist zulässig. Sie erfolgt auf dem in Art. 2, Abs. 5 des Volksschulgesetzes vom 29. September 1836 geregelten Wege. Die näheren Bestimmungen über den Zeitpunkt des Eintritts in die Schule und der Entlassung aus derselben bleiben der Ober-schulbehörde vorbehalten.“ Hierzu hatte der Berichterstatter Abgeordneter Löchner den Antrag gestellt: „Der genannten Nr. 1 folgende Fassung zu geben: 1. Die Schulpflicht dauert 8 Jahre. 2. Der Schuleintritt kann, wenn die Schüler genügend entwickelt sind, frühestens im sechsten und muß spätestens im siebenten Lebensjahr erfolgen. 3. In Gemeinden mit mehreren ausgebauten Schulen kann jährlich eine zweimalige Schüleraufnahme und eine zweimalige Schülerentlassung stattfinden. 4. Befreiung von der Schulpflicht ist nur in besonders dringenden Fällen und in der Regel nur nach vollendetem 14. Lebensjahre nach 7jährigem Schulbesuche zu gewähren. 5. Wie im Entwurf: Die näheren Bestimmungen usw. bis vorbehalten.“ Die Ziffer 1 dieses Antrages wurde mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt, ebenso die der weitere vom Berichterstatter Löchner für den Fall der Ablehnung dieser Ziffer gestellte Antrag: „für die Besucher der gehobenen Volksschulen (Mittelschulen) dauert die Schulpflicht 8 Jahre.“ Zu Ziffer 2 des erstgenannten Antrages des Berichterstatters Löchner hatte der Abg. Heymann den Antrag gestellt, zu sagen: „kann frühestens mit dem vollendeten 6. Lebensjahre und muß spätestens mit dem vollendeten 7. Lebensjahre erfolgen.“ Weiter hatte der Abg. Dr. Esch und Gen. für den Fall der Ablehnung des Antrages Löchner folgenden Antrag gestellt: „Kinder, die innerhalb dreier Monate nach der Aufnahmezeit das 6. Lebensjahr vollenden, müssen bei gehöriger Entwicklung auf Antrag in die Schule aufgenommen werden. — Die Schulpflicht endigt auch in diesem Falle im vierzehnten Lebensjahr.“ Der Antrag Heymann wurde mit 10 gegen 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Antrag Dr. Esch und Gen., sowie die Ziff. 2 des Antrages Löchner wurde mit 11 gegen 4 Stimmen und Johann die Ziff. 3 des Antrages Löchner mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Ziffer 4 dieses Antrages war schon durch die Abstimmung über Ziff. 1 gegenstandslos geworden. Hierauf gelangte Abs. 2 und der erste Satz von Abs. 3 der Regierungsvorlage einstimmig zur Annahme. Ein Antrag des Abg. Ribbel, hinter dem ersten Satz von Abs. 3 des Entwurfs zu setzen: „in diesem Fall beginnt die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Zeitpunkt des Eintritts in die Schule und endet mit dem auf das vollendete vierzehnte Lebensjahr folgenden Zeitpunkt der Entlassung“ und dann statt „Sie“ fortzusetzen: „Die Ausdehnung erfolgt usw.“ wurde mit 7 gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt und hierauf der zweite Satz des Abs. 3 der Regierungsvorlage mit 14 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Weiterhin gelangte ein Antrag des Abg. Ribbel, den Absatz 4 der Regierungsvorlage zu streichen und dafür zu setzen: „Das Schuljahr dauert vom 1. April bis 31. März“ mit 9 gegen 6 Stimmen zur Annahme. Der Art. 2 hat somit durch die Kommissionsbeschlüsse lediglich die eine Aenderung erfahren, daß der Abs. 4 die Fassung erhalten hat: „Das Schuljahr dauert vom 1. April bis 31. März.“ Es gelangte hierauf ein Antrag des Abg. Weber, die Nr. 2 des Art. 1 des Gesetzes vom 6. November 1858, deren Aenderung der Regierungsentwurf nicht vorgesehen hatte und die lautet: „Es steht den Eltern frei, ihre Kinder, wenn sie gehörig entwickelt sind, schon im 6. Jahre zur Schule zu schicken“ ebenfalls zu ändern und hinter Art. II des Entwurfs anzufügen: „In Nr. 2 des Art. 1 des Gesetzes vom 6. November 1858 sind die Worte „schon nach Vollendung des sechsten Jahres“ zu ersetzen, mit 9 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme. Endlich wurde noch über folgende, vom Abg. Weber beantragte Resolution abgestimmt: „Die R. Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf über den weiteren Ausbau der allgemeinen Fortbildungsschule vorzulegen und dabei ins-